

**Abschlussklärung der Konferenz
»Every Day is Romaday – Dialog mit Politik, Behörden
und Bildungseinrichtungen in Deutschland«
am 22. November 2017 in Berlin**



Appell an die neue Bundesregierung

Im Oktober 2017 jährte sich die Einweihung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas zum fünften Mal. Die Bundeskanzlerin unterstrich in ihrer Rede zur Eröffnung am 24. Oktober 2012:

»Sinti und Roma müssen auch heute um ihre Rechte kämpfen. Deshalb ist es eine deutsche und eine europäische Aufgabe, sie dabei zu unterstützen, wo auch immer und innerhalb welcher Staatsgrenzen auch immer sie leben.«

Um diese Unterstützung zu intensivieren, haben die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Roma Trial e. V. im Jahr 2015 ein Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas initiiert, das nun – fünf Jahre nach der Denkmalseinweihung – mit der Konferenz einen ersten Rückblick auf die in der Zwischenzeit umgesetzten Maßnahmen wirft. In einem umfangreichen Vorbereitungsprozess mit zahlreichen Jugendseminaren zum Antiziganismus sowie Landesfachtagen und Workshops zur Teilhabe von Roma und Sinti wurden Aktive aus den Vereinen der Sinti und der Roma sowie aus Politik, Behörden, Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft zusammengebracht, um den Stand der Aktivitäten zu betrachten und den Bedarf vor Ort zu ermitteln.

Der am 8. April zum internationalen Tag der Roma 2016 veröffentlichte Aufruf des Bündnisses für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas ist mit seinen Forderungen noch immer aktuell:

1. eine klare öffentliche Verurteilung des Antiziganismus durch die politisch Verantwortlichen in Deutschland und Europa,
2. die Anerkennung von Sinti und Roma als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger und die Gewährleistung ihrer Rechte durch entsprechendes staatliches Handeln,
3. die Gewährung von Schutz für aus ihrer Heimat geflohene Roma,
4. die Bekämpfung romafeindlicher Denkmuster und Verhaltensweisen in der europäischen Gesellschaft,
5. die Würdigung des Beitrags der Sinti und Roma an den Kulturen Europas.

Aktuell sind drei Forderungen an die Bundesregierung besonders häufig im Vorbereitungsprozess diskutiert worden und werden von den am Bündnis beteiligten Organisationen der Sinti und Roma unterstützt:

- die Bildung eines Expertenkreises »Antiziganismus«, Maßnahmen zur Überwindung des institutionellen Antiziganismus und die Anerkennung von Antiziganismus als Asylgrund,
- die Bereitstellung eines Fonds für die Qualifizierung und Beschäftigung von Roma und Sinti im Bildungsbereich,
- die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Kommunen und die politische Unterstützung der Integration von Eingewanderten mit Romno-Hintergrund auf allen Ebenen.